

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

29.7.1862 (No. 176)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 29. Juli.

N. 176.

1862.

Borausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgeld: die gehaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karlsruher-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Telegramme.

Wien, 28. Juli. Das Unterhaus hat in seiner heutigen Sitzung die Beratung des Budgets für 1863 mit großer Majorität beschlossen. Grochofski hat im Namen der Polen und Grünwald im Namen der Tschechen die Nichtbetheiligung erklärt.

Eisenach, 27. Juli. (S. 3.) Die allgemeine Versammlung des Nationalvereins wird dieses Jahr wieder in Koburg stattfinden, und zwar Anfang Oktober.

Warschau, 26. Juli. (W. T. B.) Die Oubefiger Benglinski und Alexander Kurz, wie der jüdische Bankier Mathias Rosen sind zu Mitgliedern des Staatsrats für 1862 ernannt.

Turin, 26. Juli, Abends. Die „Gazetta ufficiale del Regno d'Italia“ erklärt die unläufigen Gerüchte über eine Expedition nach Ostindien und die päpstlichen Gebiete für unbegründet. Auf der Strasse Neapels fand eine Kundgebung statt.

Turin, 27. Juli. (W. T. B.) Garibaldi hat am 19. zu Marsala eine Rede gehalten, in welcher er sich sehr heftig gegen den Kaiser Napoleon aussprach. Es wird berichtet, der Bürgermeister von Marsala sei abgesetzt worden. Man berichtet ferner, Pallavicino habe seine Entlassung eingereicht und dieselbe sei angenommen worden. Brigano werde Pallavicino ersetzen.

Turin, 28. Juli. (W. T. B.) Der Bürgermeister von Marsala veröffentlicht eine neue Rede, welche Garibaldi dort am 19. gehalten hat und worin er den Kaiser Napoleon heftig angriff. Die Demission des Präfekten von Palermo ist angenommen. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer erklärte der Ministerpräsident Rattazzi auf eine Interpellation über die Rede Garibaldi's: Er habe noch keinen offiziellen Bericht; wenn der Syndikus seinen Pflichten nicht nachkomme, werde er abgesetzt werden.

m. Oesterreichs Anerbieten an den Zollverein.

II.

Kürzlich brachten wir einige Slossen zu diesem Anerbieten, welche uns bei der „Donauzeitung“ den Vorwurf der Sophisterei eintrugen, weil wir ohne Grund und gegen die Wahrheit von der Voraussetzung ausgegangen seien, Oesterreich wolle durch seinen Vorschlag nur die Entwicklung des Zollvereins hemmen. Vorausgesetzt haben wir gar nichts und sind auch unserer Seite nach verschiedenen Erwägungen nicht einmal zu bestimmten Konklusionen gekommen. Wir begnügten uns vielmehr damit, auf die Irregularität in dem Verfahren des Wiener Kabinetts aufmerksam zu machen, welches, mit Verwerfung des Namens des Zollvereins mit Frankreich unterhandelnd und abgeschlossenen Handelsverträgen, allen Zollvereins-Regierungen eine gewisse Allokation, denselben unter ihnen, welche jenen Vertrag bereits angenommen haben, geradezu einen Wortbruch (sans phrase) zumuthet. Wir wiesen die Fiktion zurück, als sei Oesterreich bereits Mitglied des Zollvereins und habe selbstherrlich darüber zu entscheiden, ob und welche Modifikationen der von diesem abgeschlossenen Verträge „notwendig“ seien; wir sahen in den angeblichen

Opfers für Oesterreich handgreiflich gar nicht zu verkennende Opfer für den Zollverein und fanden die Forderung wunderbar, Oesterreich in den Zollverein aus dem Grunde aufzunehmen, weil dies das einzige Mittel sei, den Handelsvertrag zu hinterreiben. An diese Bedenken reichten wir das Urtheil eines österreichischen Organs, der „Presse“, an, nach welchem das Anerbieten Oesterreichs wesentlich die politische Bedeutung hätte, jede Konstitution Deutschlands auch auf nichtpolitischen, bloß wirtschaftlichen Gebieten zu Gunsten einer österreichischen Suprematie zu vereiteln. Diese Tendenz, wenn sie begründet sein sollte, hielten wir und halten wir noch heute für verderblich für Oesterreich wie für Deutschland; denn dieses kann sich nicht zu einem bloßen Mittel für fremde Zwecke herabwürdigen lassen, und jenes wird in uns selbst für seine berechtigten Interessen keine wahrhaft werthvollen Bundesgenossen finden, wenn es, um uns zu dienstfertigen Dienern zu haben, unsere staatliche Organisation und damit unsere Macht absichtlich hindert. Die Metternich-Schwarzberg'sche Politik steht in innigem Zusammenhang mit dem Verlust der Lombardie, und sie wird, unter welchem Namen sie wiederholt werden mag, immer die gleichen Misserfolge für Oesterreich und für uns nach sich ziehen.

Alles Das haben wir neulich nur hypothetisch und nur sehr andeutungsweise gerührt; die Auslassungen der „Donauzeitung“ konnten aber unsere Besorgnisse nur bestätigen und erhöhen. Wäre dieses Blatt wirklich davon überzeugt, daß das österreichische Anerbieten nicht ein politischer Schachzug, sondern eine aufrichtig gemeinte Maßregel sei für das wirtschaftliche Wohl Deutschlands wie Oesterreichs, so müßte es gegen seine unmittelbare Kollegin in Wien, gegen die „Presse“, sich wenden, welche in Uebereinstimmung mit den offiziellen Noten den Eintritt Oesterreichs in den Zollverein als für ersteres nachtheilig betrachtet, ihn aber gleichwohl, von dem österreichischen Patriotismus der Oesterreicher verlanget, weil er durch das politische Interesse Oesterreichs (wir würden lieber sagen, durch die traditionellen dynastischen Neigungen gewisser Kreise in Oesterreich) geboten sei. Wenn dagegen die „Donauzeitung“ in Oesterreich mit diesen Mitteln für die Vorschläge der Regierung ohne Widerrede wirken läßt und gleichzeitig mit Entrüstung nur dagegen protestirt, daß man dies außerhalb Oesterreichs mittheilt, so kann dadurch das Mißtrauen begreiflicher Weise nur erhöht werden.

Die „Presse“ empfiehlt ihren Landsleuten den österreichischen Vorschlag, weil sie von demselben für die Macht des Kaiserstaates nach außen, und wäre es auch auf Kosten seiner innern Wohlfahrt (von einer Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen des Zollvereins kann dabei selbstverständlich keine Rede sein), günstige Erfolge erwartet. Die „Donauzeitung“ hat gegen diesen Standpunkt an sich nichts einzuwenden; nur dagegen erhebt sie sich, daß wir außerhalb Oesterreichs so offenherrige Bekenntnisse uns nicht umsonst gesagt sein lassen. Ein drittes österreichisches Blatt entgegengelegter Richtung, die „Neuesten Nachrichten“, steht in den jüngsten Vorschlägen des Wiener Kabinetts ebenfalls nur ein politisches Mandat, das von diesem Blatt auf das rücksichtslosste verurtheilt wird. Gegenüber solchen Stimmen aus Oesterreich selbst kann denn doch der bloße Zweifel über die eigentliche Tendenz der österreichischen Vorschläge nicht als Zeichen der Böswilligkeit gelten.

Wir haben alle Aeußerungen über Oesterreichs Anerbieten sorgfältig verfolgt; wir konnten aber in der inspirierten wie in der freien Presse so wenig wie in den offiziellen Aktenstücken ein anderes Motiv entdecken, als das, den deutsch-französischen Handelsvertrag um jeden Preis zu hinterreiben, sei es zu politischen Zwecken, sei es aus begründeter oder unbegründeter Besorgniß vor den Rückwirkungen jenes Vertrags auf Oesterreich, sei es aus irgend einem andern, uns nicht erkennbaren Grund. Ein solches Verfahren ist aber, so entrüftet sich die „Donauzeitung“ stellen mag, lediglich eine unfruchtbare Negation, nicht aufgehoben durch den scheinbar positiven Schritt der Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein, selbst wenn diese ausführbar wäre. Sie wird ja eingestanden Maßes nur nachgesucht, um diesen zu hemmen in dem, was ihm Noth thut, was ungeachtet des Widerstrebens Einzelner im Begriff war, sich durchzusetzen, was jetzt noch im letzten Augenblick durch die österreichische Zwischenrede vereitelt werden soll. Wer nicht blind sein will, muß einsehen, daß Oesterreich die verlangte Stellung nicht sowohl im Zollverein, als vielmehr neben demselben mit dem Recht des Veto gegen alle seine Beschlüsse nur dazu gebrauchen würde, um jeden Schritt zu einer freieren Handelspolitik zu verhindern. Wir haben nicht darüber zu urtheilen, ob die Ansicht des industriellen Vereins in Oesterreich, dieses könne einen solchen Schritt nicht ertragen, begründet ist oder nicht. Wir wissen aber, und eben jener Verein selbst hat es ausdrücklich anerkannt, daß wir im Zollverein zur Erhaltung und Fortbildung unserer Industrie, die ohne Export nicht möglich sind, mit oder ohne Handelsvertrag zu einer freieren Handelspolitik übergehen müssen. Jahrzehnte hindurch würden wir in unserer politischen Entwicklung durch das Veto von Wien her gehemmt, weil Oesterreich nicht nachfolgen könnte; jetzt wird uns das Gleiche für unser wirtschaftliches Leben zugemuthet, und man ist naiv genug, dies ein deutsch-patriotisches Opfer von Seiten Oesterreichs zu nennen. Nicht bloß für den Kaufmann, auch für den deutschen Patriot wäre es ein reizender Gedanke, Oesterreich in den deutschen Zollverein eintreten zu sehen, unter der Bedingung, daß Oesterreich sich dem Verein unterordnete. Das will es aber nicht, und das kann es in der That nicht. Noch hat Oesterreich darnach zu ringen, die widerspännige Dshälfte des Reichs in die ohsoyrierte einheitliche Staatsverfassung einzuzwängen; es hat, wenn ihm dies Streben jemals gelingt, offenbar gar nicht mehr die Möglichkeit, an einem deutschen Verein mit deutschem Interesse Theil zu nehmen. Wenn von Deutschland die Rede sein soll, so haben wir, wir fordern an Oesterreich; es müßte seine deutschen Länder, Theile des deutschen Bundesgebietes, in den deutschen Interessenskreis eintreten lassen, frei und unbeirrt durch Rücksichten auf die fremden, dem habsburgischen Szepter unterworfenen Länder. In der Politik will Oesterreich von dem Nationalitätsprinzip aus guten Gründen nichts wissen; es wäre in seinem eigenen Interesse klüger und konsequenter, es auch bei wirtschaftlichen Fragen außer dem Spiel zu lassen; es führt auch hier zu einer Zerstückelung Oesterreichs, und würde kommerziell wie politisch ein nur um die deutsch-österreichischen Länder vergrößertes Kleindeutschland schaffen.

Deutschland.

Karlsruhe, 28. Juli. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 34 enthält:

ein ander Mal war mir auch wieder gemüthlicher. Zuweilen fuhr ein Boot an meinem kleinen Kai an, und ich konnte vergnüglich ein Stündchen mit den weiterharten Seelenten, die es enthielt, verplaudern; eine Unterhaltung, in der Fischen wunderbarlich mit Politik sich mengte, die aber nie ohne ihr Lehrendes oder Anziehendes war.

Mein eigentliches Berufsgeschäft war leicht. Ich kann mir ganz wohl denken, daß für einen ungebildeten Menschen der Mangel an ständig fortgehender Beschäftigung zum Tollwerden gewesen wäre. Ein Paar Reflektoren glänzend zu stehen, und zwei Lampen zu putzen, zu füllen und anzuzünden, nahm meine Zeit nicht eben viel in Anspruch. Die Gelegenheit erforderte ein gleichmäßiges, nächtliches, pünktliches Verhalten, aber keine Betriebsamkeit. Zum Glück hatte ich meine Kunst, die mir über die langen Stunden der schwülen Sommertage angenehm und nützlich weghalf: ich malte und schnitzte; reitend und anderte ab; und indem ich mit Nebenbem demüthigen Auge die Natur anschaute, machte ich wirklich einigen Fortschritt als Marine-Maler. Ich hatte mich entschlossen, auf keinen Fall meinen Posten länger als höchstens ein Jahr zu behalten; hätte selbst nicht daran gedacht, so lange zu bleiben, ohne meinen Wunsch, das Meer, nach dem langen Kreisgang von Sonnenschein und Nächten, im Sturm und zornigen Dränen auf seiner Wegeweite abschließen zu lernen. Man kann auch nicht immer malen, und so machte ich mir sonst Allerlei zu thun zu vernünftigen Zeitvertrieb. Ich rief die Fassungen der Fernrohre und sogar die Messingriffe der alten Schiffsfädel ab, bis sie wie Gold glänzten. Ich putzte die alte Vogelstinte und rühtete sie auf die Ankunft der Jugendzeit, wann die Schneefälle vom Norden sie forttrieben. Und da ich fand, daß es mir nicht gelingen wollte, vom Kai ober dem Strand aus andere als nur ganz kleine Fische zu fangen, so machte ich mich ernstlich ans Werk, ein großes altes Boot anzubessern, das zum Leuchtturm gehörte und das ich in einer kleinen Bucht nicht weit weg halbverfunken fand. Ein Glück, daß ich auf diese letzte Arbeit verfiel, wie ich sehr bald zeigen wird.

Von meinen Nachbarn, den Insulanten, sah ich diese ganze Zeit nicht viel. Die Reugier führte mir wohl in den ersten Monaten meines Aufenthalts mehrere Besucher zu; so sehr ich mir aber auch angelegen sein ließ, sie höflich zu empfangen — eine eigentümliche und gegenseitige Herzensfreundlichkeit konnte nicht auskommen; nicht, weil sie von rauen Reden und lärmender Art waren, oder weil ich mich als den einzigen Beschäftigten auf Scheweite fand; — allein meine beliebigen Nachbarn hatten, meistens, in ihrem Thun und Wesen etwas, mit dem sich keine Achtung und kein Vertrauen vertragen; sie schienen verschmigt bei aller ihrer Dürben und Ungeschicklichkeit, und ließen dann und wann Gefinnungen laut werden, die mir für mich in nenn Weichmad zu stark wider Ordnung und Gesetz klangen.

Ich werde den ersten Besuch, den ich der Familie Brown abstatte, nimmer vergessen. Fräulein Brown war eine lange tiefe, jedoch enge Einbucht, die in einer schrägen Bank auslief, auf deren glattem Sand eine Anzahl Wallfischjagdboote und Raßen, wie Fische außer dem Wasser, hinfanden. Die Bucht hatte ihren Namen [„Obst-Bucht“] von einem Pestindienfahrer, der hier, mit Aananassen und Pempelmusien beladen, nicht weit von der Stelle gescheitert war, wo Datto Brown sein langes schwarzes Haus von wohlgeheiltem Balkenwerk errichtet hatte. Man sah noch mehrere Hüften weiter herum; Herr Brown's aber war bei weitem die beste und größte dieser Behausungen; die Fenster hatten alle Glascheiben, und ein leidlicher Garten lag dabei, der durch eine hohe dicke Pflanzenwand vor dem Seehaum und Flugland gekhirmt war. Das Haus war im Innern selbst noch begladiger, als sein Aeußeres verhielt. Die Browns waren offenbar Leute in guten Umständen, und da ich bis zum Abendessen bei ihnen bleiben mußte, so hatte ich Gelegenheit zu sehen, wie es überhaupt ihnen ging.

(Fortsetzung folgt.)

Das grüne Licht.

(Fortsetzung aus Nr. 175.)

Da blüht es hell auf fern gegen Mitternacht. Ich sah den weiterschleuchtenden Schen die Dünen überflutend und die dunkelnden Wogen. Ein weißes Licht! Das muß am Albenarkt-Sund sein. Sie stellen also die Wachen auf — die Wachen wider Schiffbruch und Beringsglücken. Die Reihe war an mir, auf das Zeichen Antwort zu geben. Ich entzündete denn meine zwei Lampen: ein rothes Licht und ein grünes. Sie hatten noch keine fünf Minuten geblinzt, so sah ich etwas wie einen blutrothen Stern über die Wellen mittagswärts. Ein rothes Licht. Das Licht am Kap Look-out. Ich verweilte ein Zeitläng in dem glasumflossenen Gemach, das das obere Stockwerk aller Leuchttürme bildet, und schaute hinaus in die Nacht und lauschte dem Stöhnen des Windes. Doch fühlte ich mich nicht so ganz einsam, wie ich nach jenen fernem Zunftlichtern, im Nord und Süd, blickte, die von einem gemeinsamen Zweck und wohlwollender Sorge für unsere Mäntelchen Zeugnis gaben.

„Welch Zeit, Herr, will Massa“ sein Auenesse hadde? habbe so eine jöhne. Meir Hüßin bekemme. Herr, will's brate, wenn Massa befehle. Und soll die alt' Mähim Polly Kessel siebe zu Thee?“

So rief mich meine schwarze Wirtschaftlerin, in ihrem Eise nach Beschäftigung aus meinen malerisch-dichterischen Betrachtungen zurück, und ich ließ die Lampen in ihrem fäßen Brennen allein.

Mein tägliches Leben als Wächter der Gatteraler Feuerwaerte war ein ausnehmend einformiges. So ohne Abwechslung es auch war, langweilig bis zum Unerträglichem war es doch nicht. Es gab allerdings Zeiten, wo ich Mähime Polly, wie sie unter ihrem Schmorties gelm lang, herzlich beneidete, oder Juba, wie er ein endloses Regier liebdchen bei'm Holzspalten oder Stiefelputzen hell erklingen ließ; allein

*) Regierisch für „Mäner“ — Herr.

I. Gesetz, das Budget der Badanstalten für die Jahre 1862 und 1863 betreffend.

II. Gesetz, die Verpflanzung der Schienenwege des Großherzogthums betreffend. Dasselbe enthält folgende Bestimmungen:

Art. 1. Die im Artikel 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1858 bezeichnete Eisenbahn von Heidelberg in der Richtung nach Würzburg, welche nach Artikel 1 des Gesetzes vom 27. April 1860 vorläufig von Heidelberg bis Mosbach auf Staatskosten gebaut wird, soll von Mosbach über Gerlachshausen bis zur Landesgrenze auf Kosten des Staates fortgesetzt werden.

Art. 2. Die Regierung wird ermächtigt, eine von Neckarelz an die badisch-württembergische Landesgrenze gehende Eisenbahn zum Anschluß an die von Seiten Württembergs von Heilbronn aus in Aussicht genommene Bahn auf Staatskosten herzustellen.

Art. 3. Die Regierung wird ermächtigt, in der Richtung über Stodach und Neßfisch eine Eisenbahn auf Staatskosten mit einer auf die obere Rheinthalbahn einmündenden Abzweigung zu erbauen.

Art. 4. Von der nach dem Gesetze vom 7. Mai 1858, Artikel 5 bezeichneten Bahn soll die Strecke von Donaueschingen bis gegen Engen so gleich in Angriff genommen werden. Von da aus kann mit der Fortsetzung der Bahn begonnen werden, sobald durch die noch vorzunehmenden Untersuchungen die Zugrichtung festgestellt sein wird, durch welche die Verbindung dieser Bahn mit der oberen Rheinthalbahn und ihrer Abzweigung gegen Neßfisch hergestellt werden soll.

Art. 5. Die großh. Regierung wird ermächtigt, zur Verbindung der Donaueschingen-Billingen-Bahn mit der Oberndorfer-Bahn eine Eisenbahn von Billingen bis zur Landesgrenze gegen Rottweil auf Staatskosten zu bauen, wenn wegen des Anschlusses ein Uebereinkommen mit der königl. württemberg. Regierung zu Stande gekommen sein wird. In diesem Fall kann auch mit den Bauarbeiten an der Strecke von Billingen nach Donaueschingen so gleich begonnen werden.

Art. 6. Zur Verbindung der oberen Rheinthalbahn und ihrer Abzweigung gegen Neßfisch, sowie der nach Donaueschingen führenden Bahn mit Offenburg soll eine Eisenbahn auf Staatskosten hergestellt werden, wenn die anzustellenden, umfassenden technischen Untersuchungen den Nachweis liefern, daß eine allen Erfordernissen des Betriebs entsprechende Zugrichtung gefunden werden kann.

Art. 7. Die Mittel zur Ausführung dieser Eisenbahnbauten werden jeweils in dem Eisenbahnbau-Budget in Anforderung gebracht werden.

Art. 8. Die Ministerien des Handels, des Innern und der Finanzen, jedes, soweit es seinen Geschäftskreis betrifft, sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

III. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberberkeinsbezirk betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Handelsministeriums: Den Posthallmeisterdienst Waghäusel betreffend.

Mainkur, 27. Juli. (Südd. 3.) Auf der heute hier stattgehabten Wahlversammlung waren etwa zwölf bis fünfzehn Gemeinden der Provinz Hanau vertreten, und die Stadt Nauheim durch eine Deputation. Die Stimmung war überwiegend für Beibehaltung des Wahlgesetzes von 1849, jedenfalls der darin statuirten direkten Wahlen. Von einzelnen Gemeinden wurde geradezu erklärt, daß sie nur einem Kandidaten ihre Stimme geben würden, der in diesem Sinn zu stimmen sich verbindlich mache. Als Redner traten insbesondere Redakteur Trabert, Fabrikant Jünger von Hanau, Gutbesitzer Carl und Stadtschreiber Schäfer von Bottenheim auf. Der einstimmig gefaßte Beschluß ging dahin, nächsten Sonntag eine Provinzialwahlversammlung in Hanau abzuhalten, dorthin die in's Auge gefaßten Wahlkandidaten zur Ablegung ihres Glaubensbekenntnisses einzuladen, und danach die erforderlichen Beschlüsse, insbesondere auch so weit es sich um ein Provinzialwahlkomitee handeln sollte, zu treffen.

Kassel, 26. Juli. (Köln. 3.) Es befähigt sich, daß der Kurfürst an den Minister des Innern, Hrn. v. Stiernberg, mehrere Schreiben erlassen hat, welche dessen Verfahren in verschiedenen Punkten rügen sollen; namentlich befindet sich unter den mißfällig aufgenommenen Dingen die Genehmigung eines Gartenhaus-Baues vor dem königlichen Thore ohne zuvorige Anfrage beim Kurfürsten. Man ersieht daraus, wie umfassend noch immer der Kreis von Gegenständen ist, worüber Sr. Königl. Hoheit selbst entscheiden will. Der Kurfürst wird übermorgen auf Wilhelmshöhe zurück erwartet. — Die Wahlbewegungen dauern noch fort, lassen aber im Ganzen einen leidlich befriedigenden Ausgang erwarten.

× Vom Rhein, 25. Juli. Der Jahresbericht der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft, welcher vor kurzem erschienen ist, gibt ein anschauliches Bild von der von Jahr zu Jahr steigenden Güterbewegung in Rheinland und Westphalen. Die Masse der beförderten Waaren, welche im Jahr 1860 schon auf 53 Millionen Zentner gestiegen war, hat im folgenden Jahr 65 Millionen erreicht, was in der That eine enorme Steigerung ist und als eine Kundgebung angesehen werden kann von der progressiv fortschreitenden Entwicklung der im Bereich des Bahngebietes vorhandenen produktiven Kräfte und des bei der zunehmenden Erleichterung der Verbindungen immer lebendiger werdenden und weiter greifenden Austausches der Bedürfnisse. Wenn schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine so kolossale Güterbewegung auf einer einzelnen Bahn herrscht, so liegt der Gedanke nahe, wie gewaltig dieselbe sich entwickeln müßte, wenn der Staat und die Eisenbahn-Verwaltungen, mehr als bisher geschieht, der Industrie fördernd entgegen kämen und es beispielsweise durch vereintes Streben gelingen müßte, die Konkurrenz der englischen Kohlen- und Hoheisen-Produzenten einigermaßen zu beschränken. Die Ostsee-Provinzen beziehen noch große Massen von Kohlen und Eisen theils zum eigenen Gebrauch, theils zum Export nach Rußland aus dem Ausland; würden die Eisenbahnen diese aus dem Westen der Monarchie dahin befördern zu dem Tarif von 1 Pf. per Zentner und Nette und unter Wegfall der Expeditionsgeldern, so hätte die Mitwirkung Englands auf den Märkten des Zollvereins bald ein Ende, denn die westphälischen Kohlen stehen den englischen an Güte nicht nach und die Sieger und nassauischen Eisenerze sind die besten Deutschlands.

Auch auf der Rheinischen Eisenbahn hat der Gütertransport bedeutend zugenommen, wenn auch der konkurrierenden Schifffahrt wegen nicht in so großartiger Weise als auf der Köln-Mindener. Die Verminderung der Flußhölle hat schon angefangen, der Güterbewegung auf dem Rhein ihre frühere Bedeutung zurückzugeben, was am Schluß des Jahres sich in auffallender Weise zeigen wird.

Dresden, 25. Juli. Der Kurfürst von Hessen ist in Begleitung seiner Gemahlin, der Fürstin von Hanau, wie das „Dresd. Journ.“ meldet, von Leipzig heute hier eingetroffen und im „Victoria-Hotel“ abgestiegen.

Berlin, 26. Juli. (Köln. 3.) Gestern fand eine Fortsetzung der Konferenz der beiden liberalen Fraktionen wegen Behandlung der Militärfrage statt. Der Abg. Immermann sprach sich für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand aus; die Regierung habe 1861 erklärt, auf jeder Station könne die Reorganisation innegehalten und beseitigt werden; das sittliche Gefühl des Volks verlange die gesetzliche Regelung der Militärfrage. Der Abg. Twesten sprach sich gegen den Walbed'schen Rechtsstandpunkt aus; freilich sei das Gesetz umgangen durch das Verfallenlassen der Landwehr und die definitive Kreierung neuer Stellen, aber noch keine direkte Gesetzesverletzung. Demnach liege noch keine Rechtsfrage vor, sondern nur eine politische; die Reorganisation bilde technisch einen Fortschritt gegen früher, aber neben einem Heer von 300,000 Mann sei ein zweites Landwehrcorps nicht möglich. Bei dem diesjährigen Etat sei so viel abzusetzen, um auf eine zweijährige Dienstzeit zurückzukommen, auch einige sonstige Ersparnisse seien vorzunehmen; für 1863 sei ein Gesetz vorzubereiten, welches die zweijährige Dienstzeit neu ordne, ein Rekrutierungsgesetz zu jährlicher Festsetzung der Heeresstärke und ein Organisationsgesetz wegen der Cadresstärke und der Offiziersstellen. Der Abg. Tschow sagte: Entweder, oder; das Volk habe gewählt, um die Militärfrage endlich abzumachen; wenn die Verfassung nicht ausreiche zum Schutz des Ausgaben-Verwilligungsbereichs, so möge sie fallen. Der Abg. Walbed erklärte, der Rechtsstandpunkt sei die Stellung des reinen Gewissens; finanziell würden 50 Millionen erforderlich sein zur Durchführung der v. Noons'schen Reorganisation. Der Abg. Groote sprach gegen die „Fabel“ vom Kriegsherrn, es gebe nur einen Oberfeldherrn. Der Abg. Gneist sagte: Die Regierung wolle eine Gewerksarmee, wir eine Volksbewaffnung, Landwehr; Verfassung und Gesetz werden auch durch Nichtausführung verletzt, durch Kriegsunthätigmachung der Landwehr. Wenn die Regierung den Weg gesetzlicher Organisation betrete, dann wolle man paktiren; wenn nicht, nicht.

Berlin, 26. Juli. Die „Sternzeitung“ bringt folgenden Artikel:

Mit 264 gegen 12 Stimmen hat das Abgeordnetenhaus in seiner gestrigen Sitzung dem Handelsvertrag mit Frankreich seine Zustimmung erteilt.

Das Land wird sicherlich einstimmig in den Dank, welchen der Finanzminister am Schluß der Beratungen dem hohen Hause für die Wärme und die Gemüthlichkeit, mit der dasselbe diesem wichtigen Vertrag seine Zustimmung erteilt hat, im Namen der Staatsregierung ausspricht. Vor diesem großen Werk, welches einzig und allein den Zweck verfolgt, der Wohlfahrt des Volkes neue und kräftige Impulse zu verleihen und ihrer Entwicklung freieren Raum zu verschaffen, — vor diesem Werk — wir konstatiren es mit lebhafter Genugthuung — verstand der Gegenpart politische Parteilichkeit fast gänzlich; von allen Seiten vereinigte sich Einsicht in das wahre Wohl des Landes und patriotischer Sinn, um der Staatsregierung die Hand zu bieten zum Abschluß einer Schöpfung, welche, wie im Abgeordnetenhaus anerkannt hervorgehoben wurde, ein Ausfluß altpreussischer Tradition, eine Frucht und ein Keim echter und gesunder Entwicklung ist. Im Hinblick auf die feindseligen Agitationen, welche dasjenige zu zerstreuen trachten, was Preußen auf handelspolitischem Gebiet seit einer Reihe von Jahren für Deutschland geschaffen, und was es neuerdings durch Abschluß dieses Handelsvertrags nach langwierigen und dornenvollen Verhandlungen für Deutschland gewonnen hat, hat das Abgeordnetenhaus geglaubt, ein gewichtiges Werk, das nicht mit kleinem und egoistischem Maßstab gemessen, sondern vom Standpunkt des Wohlwollens der Gesamtheit beurtheilt sein will, unter Hintanzug untergeordneter Bedenken durch ein möglichst einmüthiges Votum flühen und — wie es sich ziemt, und wie es gleichfalls altpreussische Tradition ist — in geschlossenen Reihen auftreten zu müssen, wo es sich darum handelt, das Interesse und die Ehre des Staats nach außen zu wahren.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Vertrag im Herrenhause dieselbe günstige Aufnahme finden wird. Mögen haben die Landesvertretungen derjenigen beiden Staaten, welche an Intenität und Mannichfaltigkeit ihres industriellen Lebens unter den Zollvereins-Staaten wahrlich nicht in zweiter Linie stehen, zu seinen Gunsten ihr schwerwichtiges Votum abgegeben.

Wird diese bedeutungsvolle Thatsache wirkungslos bleiben? Wir können es nicht glauben. Wie sehr sich auch in manchen Zollvereins-Ländern der politische Fanatismus befeuert mag, das Urtheil des Volks durch die Herausbeschwörung politischer Phantasie und Schreckbilder zu verwirren: der gesunde Sinn der Bevölkerung wird und kann sich nicht bereit finden lassen, das materielle Wohlbefinden der Staaten, ihre volkswirtschaftliche Entwicklung, ihre werthvollen, durch langen Verkehr fest begründeten Beziehungen dem Spiel der Parteilichkeit preiszugeben. Wie im preussischen Abgeordnetenhaus lediglich die Rücksicht darauf maßgebend war, was der Gesamtheit der Staatsangehörigen in Wahrheit fromme; wie hier neben der Rücksicht auf das Staatsinteresse der politische Parteilichstandpunkt nicht mehr in Frage kam: so wird, wir zweifeln nicht daran, auch in den andern Zollvereins-Staaten die Prüfung sich mehr und mehr auf den materiellen Inhalt des Vertrages konzentriren, ausschließlich seinen Einfluß auf die Wohlfahrt des eigenen Staates ins Auge fassen und mit nicht geringerer Aufmerksamkeit die Einmischung politischer Agitation, welche im Dienst fremder Interessen steht, wie die Geltendmachung des persönlichen Eigennusses, welcher auf das Wohl der Gesamtheit keine Rücksicht nimmt, als anlaute und irreführende Elemente von sich abweisen. In dem sich klärenden und sich befestigenden Urtheil der Bevölkerung werden dann auch diejenigen Regierungen, welche dem Vertrage noch nicht ihre Zustimmung erteilt haben, ein neues und gewichtiges Motiv erblicken, sich nicht einem Werke zu entziehen, welches der Entwicklung des Zollvereins und der Wohlfahrt aller seiner Mitglieder neue und erspriehliche Bahnen zu eröffnen bestimmt ist, und diese

Bahnen werden wir dann hoffentlich vereint betreten können, — wir alle, die wir bisher, im friedlichen Wettkampf des Verkehrs mit fremden Nationen, als ein Ganzes zu unserm Segen und zu unserer Ehre zusammengewachsen haben.

Berlin, 26. Juli. Sr. Maj. der Königin wird sich, den bis jetzt getroffenen Anordnungen zufolge, am nächsten Freitag, 1. Aug., nach Stende begeben und dort die Badefur drei Wochen gebrauchen. Man glaubt, daß bis zu der als in Aussicht genommenen Rückkehr Sr. Majestät die Militärdebatte im Plenum des Hauses der Abgeordneten wird beginnen können. — Die gestrige gemeinschaftliche Beratung des linken Zentrums und der Fortschrittspartei hat von neuem den Beweis geliefert, daß auch die extreme Fraktion ohne eine gesetzliche Vorlage der Regierung, die eine Unterhandlung zulassen könnte, gegen die Streichung des Extraordinariums stimmen wird. Der Abg. Bodum-Dolffs soll sich sehr bestimmt in diesem Sinne ausgesprochen haben. Fast alle Redner waren gegen eine abschwächende Resolution. Dies verdient um so größere Beachtung, als sanguinische Leute in Regierungskreisen sich mit der Hoffnung tragen sollen, die einmüthige Stimmung, welche sich bei der Debatte und dem Votum über den Handelsvertrag fund gab, werde auch auf die Angelegenheit des Militärbudgets zurückwirken. Diese gestrige Fraktionsberatung, welche auf die Annahme des Vertrages in der Kammer folgte, zeigt, daß diese Rechnung sich nicht bewährt hat.

Man schreibt der „Köln. 3.“: Die Regierung soll beabsichtigen, noch in der gegenwärtigen Session sich Vollmachten für eventuelle Unterhandlungen und den Abschluß wegen eines Handelsvertrags mit England, Belgien und vielleicht auch mit Italien von den Kammern erbitten zu lassen. Die Unterhandlungen sollen aber aus schon mehrfach angeführten Gründen erst beginnen, wenn die Zustimmung der Zollvereins-Regierungen zu dem deutsch-französischen Handelsvertrag erfolgt sein oder doch die Situation sich geklärt haben wird. Die gedruckte Unterzeichnung des Vertrags gilt noch immer für wahrscheinlich, und würde nach der Annahme des Vertrags durch das Herrenhaus wohl nur dann eine Verzögerung erfahren, wenn die Hoffnung sich darbiete, daß die Zustimmung der andern Regierungen in nächster Zeit zu erwarten wäre. Desterreichs Vorgehen wollte augenscheinlich die Unterzeichnung verhindern. Es wird ihm aber damit nicht gelingen. Mit der Ratifikation und der Ausführung des Vertrags soll dagegen gewartet werden, bis man über die Absichten der Zollvereins-Regierungen schließlich im Klaren ist. Die Ratifikation kann ohnehin jederzeit stattfinden. So erklärt sich die Aenderung des Regierungskommissärs am 23., die er selbst am andern Tag näher präzisirt hat. Daß der Vertrag, wenn wider Erwarten ein Theil des Zollvereins fern bleibt, spätestens am 1. Jan. 1866 in Kraft tritt, daran zweifelt man nach der Erklärung des Grafen Bernstorff beim Beginn der letzten Diskussion und Angesichts der nach Wien gegangenen Note vom 21. Juli weniger als je.

Die „B.“ und „S.“ schreibt: „Hr. v. Deuß, dessen persönlichem Eifer es schon zu verdanken war, daß der deutsch-französische Handelsvertrag ohne wirksame Opposition der sächsischen Industriellen die dortige Ständerversammlung passiren konnte, setzt in diesem Augenblick seine persönlichen Bemühungen mit gleichem Eifer daran, den Widerspruch der kleineren Zollvereins-Staaten zu beseitigen. Eine Zusammenkunft desselben mit dem großh. preussischen Minister v. Dalwigk, die in Darmstadt stattgefunden hat, wird gleichfalls auf diese Absicht zurückgeführt.“

Wien, 25. Juli. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses überreichte Fürst Jablonowsky eine mit mehr als 8000 Unterschriften versehene Petition aus Salzburg gegen das Religionsedikt. Sodann wurde die Kommission zur Vorbereitung des Budgets für 1863 gewählt.

Wien, 26. Juli, Abends. Vergangenen Donnerstag hat in Zürich die Verlobung des Erzherzogs Karl Ludwig (geb. 1833, Wittwer seit 1858) mit der Prinzessin Marie Annunziata beider Sizilien (geb. 1843) stattgefunden.

Schweiz.

Bern, 26. Juli. In der heutigen Sitzung des Nationalraths wurde die bundesrätliche Antwort auf die Hungerbühler'sche Interpellation, die bekannten Aeusserungen des italienischen Ministers Durando betreffend, verlesen. Es wird darin mitgetheilt, daß in den ersten Berichten des schweizerischen Gesandten zu Turin, Hrn. Tourte, von diesen Aeusserungen nicht die Rede war, und daß letzterer vielmehr in der Rede Durando's eine hinreichende Genugthuung für die in einer früheren Sitzung von Birio gemachten Bemerkungen in Betreff des Kantons Tessin zu erblicken geneigt war. Inzwischen hatten die Mittheilungen italienischer Blätter über Durando's Rede, die noch ganz Anderes enthielt, als Hr. Tourte, dem der Wortlaut bisher nicht vorgelegen, gemeldet hatte, ein großes und peinliches Aufsehen in der Schweiz erregt, und dies führte zu Hungerbühler's Interpellation im Nationalrath und zu einer ähnlichen Interpellation Epstel's im Ständerath. Jetzt richtete der Bundesrath an Hrn. Tourte auf telegraphischem Wege das Ansuchen, ihm sofort auf dem nämlichen Wege den Inhalt der Rede Durando's so genau als möglich mitzutheilen. Er erhielt folgende Depesche des Hrn. Tourte:

Ausgang aus der offiziellen Stellung. Minister: Die Situation gegenüber der Schweiz ist ein wenig deßat wegen einer . . . , welche kürzlich im Parlament gethan (saite) wurde. Er wolle keine Person nennen, um Persönlichkeiten zu vermeiden. Birio: Ich bleibe bei meiner Meinung. Crispi: Ich bekämpfe sie. Minister: Ich bleibe dabei, daß ein jeder Schritt, jeder Versuch, jede Einmischung zur direkten oder indirekten Bedrohung der Eidgenossenschaft ein großer Irrthum auf Seite der italienischen Politik wäre. (Bravo.) In der Zukunft muß Italien sichere Allianzen bei den Mittelstaaten suchen, welche unabhängig sind von den uns feindlichen Mächten, und er muß deshalb die hier kundgegebene Ansicht verdammen. Ich werde nie etwas thun, um ihre Gellüste zu ermuthigen; selbst wenn die Schweizer die Annexion verlangten, würde ich diese Annexion als das Ende einer Eidgenossenschaft betrachten, welche für die Unabhängig-

Zeit Italiens in hohem Grad notwendig ist. (Bravo.) Wenn in Folge von Ereignissen, welche man heute nicht voraussehen kann, die aber im Sturm (bouleversement) der Ereignisse immerhin leicht möglich sind, der Fall eintreten sollte, daß es dienlich oder notwendig wäre, einen Gebietsheil mit seiner natürlichen Rationa lität zu verbinden, und wenn er (der Minister) demnächst einigen Einfluß auf die Geschäfte hätte, so würde er suchen, die Schweiz anderweitig zu entschädigen, auf daß sie nicht weniger mächtig sei zu ihrer Verteidigung und zur Verteidigung Italiens. (Out.) Er würde großes Gewicht legen auf ein Defensivbündnis mit der Schweiz, welches bloß durch die 1815 auferlegte Neutralität unmöglich ist; diese würde demnächst die Maßregeln zu treffen wissen, welche ihre theuersten Interessen erheischen. (Bravissimo.)

Dazu bemerkt der Bundesrath:

Es muß anerkannt werden, daß die Erklärungen des Ministers für die Schweiz im Allgemeinen günstig lauten. Einzige die Stelle müssen wir bedauern, die auf die Möglichkeit von Ereignissen hinweist, welche die Wiedervereinigung schweizerischer Gebietsheile mit ihrer natürlichen Rationalität notwendig machen könnten, wogegen man der Schweiz anderweitige Kompensationen zu verschaffen suchen würde. Eine solche Politik verläugnet die Fundamente, auf welchen die nationale und staatliche Existenz der Schweiz beruht, und ist dem innersten Rechts- und Ehrgefühl der schweizerischen Nation zuwider. Die Schweiz darf auch nicht den Schein auf sich laden, als würde sie zu einer solchen Politik Hand bieten, und deshalb proklamieren wir gegen jene Aeußerungen des italienischen Ministers vor Ihnen, vor dem Schweizer Volk und vor ganz Europa eine feierliche Protestation.

Zum Gegenstand einer diplomatischen Reklamation werden wir die Angelegenheit nicht machen.

Der Bundespräsident Stämpfli bemerkte bei dieser Gelegenheit u. A.: Es sei gut, vor der Gefahr sein Auge nicht zu verschließen, die übrigens schon älter sei, als man glaube, und früher oder später sich wohl präsentiren könnte. Schon vor drei Jahren sei in maßgebenden Kreisen die Einverleibung Tessins in Italien, sowie die Entschädigung, welche in Vorarlberg und einem Theil Deutschtyrols bestehen sollte, besprochen worden.

Schließlich wurde folgende, von Dapples eingebrachte motivirte Tagesordnung einstimmig angenommen: „Die Bundesversammlung, überzeugt, daß der Bundesrath mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln über die Integrität des schweizerischen Gebietes wachen werde, geht zur Tagesordnung über.“

Der Ständerath nahm nach kurzer und bündiger Debatte folgenden, von Bossi gestellten Antrag einstimmig an: „Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, voll Vertrauens auf die Wachsamkeit des Bundesrathes, jeder Annäherung, welche direkt oder indirekt einen Angriff auf die Integrität des schweizerischen Gebietes, sei es wo es wolle, wagen sollte, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, beschließt: Tagesordnung.“

Noch verdient bemerkt zu werden, daß die Tessiner Mitglieder beider Räte (Kammern) sich in sehr entschieden loyaler Weise ausprägten.

Nachdem noch einige Gegenstände von minderm Belang erledigt waren, wurde die Bundesversammlung geschlossen. Beide Präsidenten erklärten in ihren Schlussreden, die Schweiz werde mit Gut und Blut gegen jede Verletzung der Integrität des schweizerischen Gebietes protestiren.

Italien.

Rom, 21. Juli. Die „Allg. Ztg.“ erhält Briefe von einem Korrespondenten, der selbst nach Civita-Vecchia gegangen war, um sich zu überzeugen, was an der Erzählung von Schiffen, die Garibaldinische Freischärler zu Corneo hätten landen wollen, Wahres sei. Das Ganze erwies sich als ein leeres Gerücht, welches durch die Erscheinung kleiner piemontesischer Kriegsschiffe entstanden war, die dort krenzten und von den Einwohnern für Garibaldinische Ausfendlinge gehalten worden waren.

Frankreich.

Paris, 26. Juli. Der „Moniteur“ schweigt bezüglich der von der „Patrie“ gemeldeten Expedition Garibaldi's, und die dem italienischen Volkshelden freundlich gesinnten Pariser Blätter widerlegen entschieden jedes derartige Vorhaben; der „Siècle“ geht so weit, zu behaupten, daß, wenn eine Expedition stattfände, dies nur als Garibaldianer, „verkleidete Reaktionen“ sein könnten. Die „Patrie“ beharrt jedoch heute auf ihrer Angabe, daß Garibaldi eine Landung vorhatte; Vorhaben sei allerdings noch nicht Ausführung. Das Vorhaben Garibaldi's könne aber so wenig gelänget werden, daß das Züricher Kabinet es für nötig erachtet habe, die französische Regierung davon zu benachrichtigen. In Folge dieser Mittheilung sei eine Schiffdivision nach den römischen Küsten abgeschickt worden. — General Forey geht morgen nach Mexiko ab. — Wie der „Armee-Moniteur“ aus Shanghai, 3. Juni, erfährt, fangen die englischen Verstärkungen aus Indien an einzutreffen. Die englischen Streitkräfte sollen auf 10,000 Mann gebracht werden; außerdem organisiert man eine englisch-chinesische Flotte. Mit diesen vereinigten Kräften soll Nanking, die Hauptstadt der Rebellen, angegriffen werden. Die Stadt Shanghai läßt dem gefallenen Admiral Protet ein Denkmal errichten. — Der Drucker, Hr. Plou, wurde nach Wichy berufen, um die Instruktionen des Kaisers wegen des Druckes des kaiserlichen Werkes über Cäsar zu empfangen. — Das Yereire'sche Hotel auf dem Boulevard des Capucines, welchem es gerichtlich untersagt wurde, die annerichte Firma: „Hotel de la Paix“ weiter zu führen, hat sich zu der Benennung: „Grand Hotel de Paris“ entschlossen. — Aus Madrid erfährt man, daß General Pri in seine Funktionen als General-Geniechef wieder angetreten hat. — Rente 68.60; Mobil. 827.50; Italiener 71.50; Consols 94%.

Paris, 27. Juli. Der in Orleans bisher erschienene „Orleanais“ ist wegen beharrlicher Verbreitung der falschen Nachricht, daß die Arbeiter der Zuckfabriken im Loiret ohne Arbeit seien, unterdrückt worden.

Belgien.

Brüssel, 25. Juli. (Köln. Ztg.) Hr. Rogier, der selbst nach London gereist war, um den Abschluß des Handelsvertrags zu betreiben, hat letzteres Aktensstück von seiner Reise heimgebracht, und kam dieses in der heutigen Kammer Sitzung zur Verlesung. Der Vertrag ist auf zehn Jahre eingegangen und muß vor Ablauf des Septembers ratifizirt werden. In den Hauptpunkten mit dem französischen Vertrage gleichlautend, enthält er die zu Gunsten der Genter Industrie stipulirte Beschränkung, daß die freie Einfuhr der Leinengarne und der Baumwollstoffe um zwei Jahre zu verschieben sei. Bis zur Ablösung des Schmelzsolles wird dessen Zahlung den englischen Schiffen erlassen, und nach Vollführung ersterer durch England zu unterstehenden Maßregeln macht Belgien sich anheischig, alle dem Antwerpener Handel noch obliegenden Zollqualereien (Tonnen- und Koffenrechte) abzustellen. Die Verhandlung des Vertrages in den Ausschüssen wird am künftigen Mittwoch beginnen.

Amerika.

Neu-York, 16. Juli. Man schreibt der „Times“: Der Senat hat die Konfiskationsbill mit 27 gegen 13 Stimmen angenommen. Sie gibt den Südstaatlichen 60 Tage Zeit, die Waffen niederzulegen und erklärt alle Diejenigen, die dies dahin nicht zu ihrer Unterthanenreue zurückgeführt sind, des Landesvertrages schuldig. Die Strafe darauf ist der Tod und die Konfiskation alles Eigenthums — einschließlich der Sklaven. Die den Rebellen gehörenden Sklaven sind in Freiheit zu setzen. Der Präsident soll die Macht haben, die Schuldigen ganz zu begnadigen, oder ihre Strafe in fünfjährige Haft und 10,000 Doll. Buße zu verwandeln. Man glaubt, daß der Präsident die Bill vermittelst des Veto annulliren wird. Die Südlischen haben durch eine kühne Bewegung Murfrees Vorrath genommen. Die Regierung ist um die Sicherheit von Nashville besorgt und konzentirt dort Truppen. Die Freiwilligenwerbung für die neue Armee von 300,000 Mann macht langsame Fortschritte, und die Konfiskationsfrage wird noch fortwährend erörtert. Man behauptet aus hoher Quelle, daß General McClellan im Kommando der Potomacarmee durch General Halleck ersetzt werden soll.

Neu-York, 16. Juli. Die Südstaatlichen sind vor der Front McClellan's verschwunden. General Jackson soll sich gegen Fredericksburg zu bewegen. Fort Darling ist mit eisernen Batterien verstärkt worden. Die Südlischen treffen überall Vorbereitungen zu einem langwierigen Kampf. Sie ziehen 15 Meilen von Nashville. Man erwartet stündlich einen Angriff, und es finden eifrige Anstalten zur Abwehr statt. Lexington in Kentucky ist unter das Kriegsgericht gestellt. Die Südlischen unter General Morgan sollen gegen den Ort vorrücken. Das Bombardement von Vicksburg dauert ohne Ergebnis fort. Die südstaatliche Nachricht von der Eroberung von Baton Rouge wird einigermaßen in Zweifel gezogen. Die Bürger von Memphis haben Befehl erhalten, den Eid der Treue zu leisten, oder binnen 5 Tagen die Stadt zu verlassen. Der südstaatliche Gouverneur Moore von Louisiana hat eine leidenschaftliche abgefaßte Proklamation erlassen, worin er den Einwohnern jeden Verkehr mit Neu-Orleans, zu welchem Zweck immer, verbietet, und die Erklärung abgibt, daß der Glaube des Volkes an schließlichen Sieg in keiner Weise erschüttert sei. Der südlische General Van Dorn erklärt in einer Proklamation seine Absicht, die Ufer des Mississippi auf das äußerste zu verteidigen. Der Unionsgeneral Pope erklärt in einer aufmunternden Sprache an die Armee in Virginien, daß er sie bald gegen den Feind zu führen gedente. Präsident Lincoln hat dem Kongreß eine Bill überhandt, wodurch jedem Staat, der die Sklaverei abschafft, eine Schadloshaltung zugesichert wird. Der Senat hat eine Bill genehmigt, welche Westvirginien, unter der Bedingung südenweiser Slavenemanzipation, in die Reihe der Staaten aufnimmt. Es heißt, daß die Regierung, um die Werbungen zu fördern, Freiwillige auf einjährigen Dienst annehmen wird. Der Juckeroll ist um 1 Cent. pr. Pfd. erhöht. In Neu-Orleans ist eine Frauensperson Namens Phillips nach Ship Island verwiesen worden, weil sie von ihrem Balkon herab ein höhnisches Gelächter hören ließ, als der Leicheng eines Unionsoffiziers vorüber kam. Die britischen Kanonenboote „Landrail“ und „Minardo“ liegen in Neu-Orleans. Der Kongreß hat die Vertagung auf einen Tag verschoben. Man erwartet eine Botschaft des Präsidenten an den Kongreß über die Konfiskationsbill. Es heißt, daß er entweder sein Veto gegen die Bill einlegen oder sie mit Modifikationsvorschlägen zurücksenden wird. Die Mehrheit der Grenzstaatenmitglieder weisen des Präsidenten Emanzipationsplan ganz zurück, während die Mitglieder demselben hold ist. Ihre Antwort an den Präsidenten wird in Kürze veröffentlicht werden. In Union-square (Neu-York) hat gestern ein Massenmeeting, doch weniger zahlreich besucht, als das im April vorigen Jahres. Es wurden Beschlüßfassungen angenommen zu Gunsten dauernder Anstrengungen, die Rebellion zu erdrücken, nebst der nachdrücklichen Erklärung, daß das Land gegen eine auswärtige bewaffnete Einmischung alle seine Kraft aufbieten würde. Die Mehrzahl der Sprecher war dafür, die Regier im Kriege zu verwenden. Der Senat hat die Militzbill genehmigt, mit einem Amendement, welches die Emanzipation auf die den Sklaven gehörenden Rebellen beschränkt. Die südlischen Streifbänder beginnen in den Grenzstaaten sich stark zu rühren, Eigenthum zu vernichten und Brücken zu verbrennen. Sie haben zwei kleine Städte in Missouri eingenommen.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 27. Juli. Gestern Abend wurde eine neuentstandene Straße in der sog. ersten Allee hinter dem Bahnhof von den Bewohnern derselben feierlich eingeweiht. Sie erhielt dabei den Namen „Bahnhofstraße“. Anlaß gab der Richtspruch für 5 im Bau begriffene Häuser. Die neue Straße prägte im Schilde deutscher und badischer Fahnen, sowie reichen Laubwerks. Ein Bantel im

Freien, Musik, Völlerschüsse, italienische Nacht, eine Reihe begünstigter Reden waren die weiteren Bestandtheile dieser heiteren Festlichkeit, die um so gelungener genannt werden muß, als sie gleichsam eine improvisirte war. Die Anwesenheit der Vertreter der städtischen und der nachbarlichen Bahnhofsbehörde, des Gemeinderaths, sowie zahlreicher Bürger gab dem Ganzen eine erhöhte Bedeutung. Wenn es erfreulich ist, daß nach langer Ruhezeit endlich wieder die Baukunst sich hier vielseitig zu bethätigen angefangen hat, so bemerkt man mit besonderer Genugthuung, daß sie gerade diejenige Gegend vorzugsweise in's Auge faßt, wozu sich die Stadt am zweckmäßigsten erweitert: die südliche. Die Neubauten in der neuen Bahnhofstraße, in der Kriegsstraße u. s. w. bilden zu dieser Erweiterung um so bemerkenswertere Anfänge, als darin vielfach zugleich ein Fortschritt im Häuser-Baustyl nicht zu missen ist.

Mannheim, 28. Juli. (Mannh. Journ.) Gestern eröffneten die „Schiffelhaber“ ihre Schießstände jenseits des Neckars in feierlicher Weise.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Bavaria“, Kapitän Meier, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfabrik-Aktien-Gesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Volken, William Miller's Nachf., am 26. Juli von Hamburg nach Neu-York ab. Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 750 Tons Güter und 321 Passagiere an Bord.

Zum deutschen Schützenfest.

A. K. Frankfurt, 26. Juli. In der gestrigen Sitzung der ständigen Bürgerrepräsentation hat dieselbe auf Antrag ihres Seniors für die schöne Leitung des Festes einen Dank votirt. — Am vergangenen Donnerstag wurden 600 fl. für Eintrittsgeld auf dem Festplatz eingenommen. — Um sich einen Begriff von dem Verbrauch zu machen, welcher auf dem Festplatz stattfand, wollen wir erwähnen, daß an einem Morgen drei Ohm Kaffee zum Frühstück gebraucht wurden. — Es ist von einem Bremer die Idee angeregt worden, die ganze Dekoration des Festplatzes für das nächste Schützenfest in Bremen anzulassen. — Aller Voraussicht nach wird die Betheiligung bei der feierlichen Ueberbringung der Fahnen von dem Festplatz zum Kaiserpalast eine sehr zahlreiche werden. Dieselbe wird bekanntlich am Montag Nachmittag um 5 Uhr stattfinden. Musik, die Turner und Mitglieder der verschiedenen Komitees werden der Bundes-, Schweizer, Wiener- und Nordamerikaner Fahne das Geleit geben.

Frankfurt, 27. Juli. Die heutige „Offizielle Fest-Ztg.“ veröffentlicht einen Theil der offiziellen Preisliste. Darnach erhielt auf der Festgesellschaft „Heimath“ Hr. Aug. Böllert von Düsseldorf den ersten Preis: 1000 Festtaler, Ehrengabe vom hohem Senat der freien Stadt Frankfurt, Werth 1750 fl.; Hr. W. Krempeleuber von Tegernsee (Bayern) den zweiten: ein silbernes Trinkhorn vom Nationalverein, Werth 1050 fl.; Hof. Oppenrieder von Mar-Josephs-Thal (Tyrol) den dritten: einen silbernen Pokal von den Deutschen in Rotterdam, Werth 600 fl. Alle drei sind mit 39 Punkten verzeichnet. Weiter haben wir aus dieser (wie gesagt, noch nicht vollständigen) Liste zunächst die badischen Preisträger heraus.

- a) Feldfestscheibe „Heimath“. Es haben gewonnen:
 - 1) 36 Punkte. J. G. Tritschler von Leuzkirch, Baar 150 1/2 fl., Ehrengabe von Hrn. H. G. Goldschmidt in Frankfurt a. M.
 - 2) 33 P. J. v. Larrinaga von Karlsruhe, einen Stutzen, Ehrengabe von der Central-Schützengesellschaft in Zürich, Werth 140 fl.
 - 3) 32 P. Ferd. Hölzlin von Offenburg, ein Trinkhorn, Ehrengabe des Abgeordnetenhauses in Berlin, Werth 88 fl.
 - 4) 31 Punkte Hr. Groß von Heidelberg, 50 Flaschen Wein, Ehrengabe von der Schützengesellschaft zu Zell (bayer. Pfalz), Werth 50 fl.
 - 5) 29 P. E. Herbstler von Bruchsal, 21 Bände „Univerfium“, Ehrengabe vom bibliogr. Institut zu Hildburghausen, Werth 30 fl.
 - 6) 29 P. G. Dörr von Eichersheim, 1 Bierglas mit silbernem Deckel, Ehrengabe von der Schützengesellschaft zu Weplar, Werth 26 fl.
 - 7) 28 P. G. Müller von Schopfheim, eine silberne Schnupftabakdose, Ehrengabe der Bruderschaft in Thorn, Werth 25 fl.
 - 8) 28 P. J. Köhler von Karlsruhe, 2 blaue Wasen, Ehrengabe eines Ungenannten, Werth 25 fl.
 - 9) 28 P. E. Bermeitinger von Schopfheim, ein silbernes Besied, von den verbündeten Frankfurter Männer-Gesangsvereinen, Werth 24 fl.
- b) Feldfestscheibe „Schill“. 39 P. Der zweite Preis fiel auf W. Walker, Bauunternehmer von Thiengen bei Waldohut, ein Duzend silberne Löffel und Gabeln in Etui, Ehrengabe der Mitglieder des Schützenbundes und Nationalvereins zu Braunschweig, Werth 200 fl.
- c) Feldfestscheibe „Palm“. 38 P. Sattlermeister A. Feldkirchner von Bruchsal, ein bronzener Hirsch, Ehrengabe der zoologischen Gesellschaft zu Frankfurt a. M., Werth 100 fl.

Zu bemerken ist noch, daß bei zahlreichen niederpunktierten Gewinnen die Namen nicht angegeben sind, unter denen wohl auch badische sich befinden werden.

Aus Baden gestiftete Preise haben auf den vorgenannten Scheiben gewonnen:

- a) Feldfestscheibe „Heimath“. 1) J. G. Heintze von Feldkirch (Vorarlberg) einen silbernen Pokal und einen Stutzen, Ehrengabe der Stadt Bruchsal, Werth 150 fl.
- 2) P. Schmidt von Bregenz ein Etui mit 34 Tälern, Ehrengabe der Schützengesellschaft zu Freiburg, Werth 76 fl.
- 3) J. Kempf von Neudorf (Bayern) in Heilbrunn 44 fl., Ehrengabe der Schützengesellschaft zu Bruchsal.
- 4) E. Kolloff von Gamin (Pommern) 36 Flaschen Wein, Ehrengabe des Schützenvereins zu Emdingen, Werth 40 fl.
- b) Feldfestscheibe „Schill“. 1) A. Böllert von Schippach bei Hirschhausen einen Stutzen im Kasten, Ehrengabe der Schützen zu Konstanz, Werth 90 fl.
- 2) Fr. Ruchlinger von Glarus einen Stutzen, Ehrengabe der Schützengesellschaft zu Freiburg, Werth 50 fl.
- 3) Fr. Schwitzer aus Nüßels (Glarus) 50 Flaschen Wein, Ehrengabe der Schützengesellschaft zu Offenburg, Werth 50 fl.
- 4) J. Punzener von Altdorf (Zug) 5 Kisten Cigarren, Ehrengabe der G. G. Gebr. Morgenstern in Mannheim, Werth 40 fl.
- c) Feldfestscheibe „Palm“. 1) E. Rehter von Bremen einen Stutzen, Ehrengabe der Schützengesellschaft zu Lafr, Werth 50 fl.
- 2) Holzhandler R. Steurer zu Bregenz eine Kiste Wein, Ehrengabe des Schützenvereins zu Gernsbach, Werth 40 fl.
- 3) Advokat D. Brückmann von Hannover einen silbernen Becher, Ehrengabe des Schützenvereins zu Rehl, Werth 36 fl.
- 4) Kaufmann R. Marchand von Souvillier (Schweiz) eine Kiste mouffrende Weine, Ehrengabe von Ruenger und S. zu Freiburg, Werth 24 fl.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

3.m.562. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Baareinzahlungen durch den Telegraphen im Innern Verlebe betr. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß zur leichteren Vermittlung kleinerer Geldsendungen, wie im Postverlebe, so auch im Telegraphenverlebe, die Einrichtung der baaren Einzahlungen zur Wiederabzahlung durch eine inländische Telegraphenstation an einen daselbst wohnenden Empfänger bis zur Höhe von 100 fl. eingeführt worden ist.

Die einzubehaltenden Beträge sind auf den groß. Telegraphenstationen in ein besonderes hierzu bestimmtes Depesch-Formular nebst Angabe des Namens und Wohnorts des Empfängers von dem Aufgeber (Einzahler) einzutragen und zu unterzeichnen.

Ueber die geforderte Einzahlung wird dem Aufgeber unentgeltlich ein Schein ausgehändigt.

Die Auszahlung erfolgt sofort nach dem Eingange der Depesche. Stehen der betr. Station die erforderlichen Geldmittel augenblicklich nicht zur Verfügung, so kann die Auszahlung jedoch erst nach Beschaffung der Mittel verlangt werden.

Außer der einfachen Depeschengebühr ist für je 10 fl. oder Pruchgulden 1 fr., jedoch wenigstens 3 fr. Provision zu entrichten.

Karlsruhe, den 28. Juli 1862.

Direktion der groß. Verkehrsanstalten.

J. A. d. D.

Berlin.

Kratt.

3.m.430. Nr. 464. Karlsruhe.

Wohnungsanzeige.

Von heute an befindet sich das topographische Bureau und das Kartendepot des Generalstabs im Hause Nr. 219 der Langenstraße.

Karlsruhe, den 24. Juli 1862.

Topographische Abteilung des Generalstabs.

3.m.548. Hamburg.

Bekanntmachung.

Der zur Zeit zu Freiburg im Breisgau sich aufhaltende Maurermeister Johann Hinrich Krug aus Hamburg ist durch Decret des Obergerichtes vom 12. Juli d. J. unter cura perpetua des Dr. jur. H. F. Buet zu Hamburg gestellt worden.

Hamburg, den 25. Juli 1862.

Die Vormundschafts-Deputation.

Bad Rippoldsau.

VIII. Liste der seit 20. Juli d. h. angekommenen Fremden.

- Dr. A. von Schultes von Coburg. Dr. A. Bobuda, Fabrikant von Stuttgart. Dr. A. Bielefeld mit Familie von Karlsruhe. Mad. und Mademois. Zürcher von Mühlhausen. Dr. Steigmann, Rfm. von Basel. Dr. H. von Karlsruhe. Frau Bernoulli und Frau Reichel von Königsfeld. Dr. B. Heilbut, Rfm. mit Familie von Hamburg. Dr. W. Meyer, Notar von Basel. Dr. A. Berle, jr., Rfm. von Mannheim. Dr. A. Neumann, Rfm. von London. Dr. C. Schumacher von Freiburg. Dr. J. Eitinger und Frau. Wagner von Karlsruhe. Dr. C. Kuhn und Frau. Sophie Kuhn von Ulm. Dr. W. Benziger, Frau Dr. A. Benziger, Frau Kath. G. Benziger von Gießen. Frau L. Meiler mit Bedienung von Mannheim. Dr. von Gohmann, Hauptm. von Karlsruhe. Dr. J. Keller-Kambler, Rfm. von St. Gallen. Dr. H. Rapp, Parter von Karlsruhe. Dr. A. Wörth von Jagwiler. Dr. Graf von Kagenal mit Gemahlin und Bedienung von Freiburg. Dr. Friedr. Hauptmann von Nordheim. Dr. Amtsrichter Meier mit Gemahlin von Eibach. Dr. C. Kelle mit Frau. Tochter von Karlsruhe. Dr. Albert und Frau. Dr. H. Draper von England. Frä. Sophie und Johanna Jolly von Mannheim. Dr. von Wolfbrammsdorf mit Gemahlin von Berlin. Frau Postlaffier Geiger von Freiburg. Dr. Jausaud ancien, Sous-Prefet von Besançon. Frau C. Schardt mit Sohn von Frankfurt. Dr. Dr. Dreierberger von da. Dr. Bankdirektor Gille und Sohn von da. Dr. von Bernsack von Hannover. Dr. K. Mehl von Bieberbach. Frau Meier von Mühlhausen. Dr. Hof. Rfm. von Bingen. Frau Hild von Offenbach. Dr. B. Müller von Oberhofen. Dr. Lud. Mayer von Karlsruhe. Dr. Wils. Kupferle, Rfm. von Gengenbach. Dr. Dr. Rettegger, Cantonsrat mit Familie von Bonn. Dr. Joh. Wäber mit Tochter von Dürer. Dr. L. Murali und Sohn von Zürich. Frau Dentaria Spiegelhalter von Reutkirch. Dr. Hanter, Rfm. von Sulzburg. Frau Verlinger von Ulm. Fr. Rfm. Adv. mit Familie von Heidelberg.

Rippoldsau, den 26. Juli 1862.

Frit Görringer, Badeigentümer.

3.m.549. Karlsruhe.

J. Moog in Karlsruhe empfiehlt für Bierbrauer Holz- und Eisenglasur

zum Glazieren von Ölbüchsen, Kälbleisten, Transportgefäßen, sehr billig, pr. Pfund 30 fr.

für Schreiner, Dreher, Kürschner, Möbelschneider, Korbflechter,

Lack, welcher im Augenblick mit schönem Glanz trocknet, sich schleifen und polieren läßt, pr. Pf. 30 fr.

für Hausbesitzer,

Lack, welcher augenblicklich trocknet und glänzt, zum Lackieren von Eisen, Stiegegeländern, Eisen etc. etc., pr. Maß 1 fl.

Lustlack (Militärlack)

für Kaufleute,

womit, ohne die Gegenstände erwärmt zu haben, lackirt werden kann.

Maschinenfabriken- und Eisengießereien-Politur

zum Lackieren von Modellen, die Maß zu 1 fl.

3.m.576. Karlsruhe.

Deutsche Lebensversicherung-Gesellschaft in Lübeck.

Sechste Dividendenvertheilung per ultimo Dezember 1861.

Die Inhaber aller bis ultimo Dezember 1861 auf Lebenszeit (nach Tab. 1 d. Statuten) geschlossenen Policen der obigen Gesellschaft werden hierdurch aufgefordert, unter unerlässlicher Vorzeigung der Police die ihnen zukommenden Dividendenscheine gegen Darbietung entgegenzunehmen, im Bureau der unterzeichneten Agentur, in Karlsruhe bei

Wilhelm Hofmann,

Karl-Friedrich-Str. Nr. 17.

3.m.564. Karlsruhe.

Deutsche Lebensversicherung-Gesellschaft in Lübeck.

Nach dem letzten Jahresberichte der genannten Gesellschaft waren ultimo Dezember 1861 bei derselben versichert:

14297 Personen mit einem Kapital von Bco. M. 29,036,563. 9 Sch. = (fl. 20,325,594) und 94,696. 6 = (fl. 66,287) jährl. Rente.

Das Gewährleistungskapital betrug 5,652,301. 4 = (fl. 3,956,610).

Als Dividende per ultimo Dezember 1861 erhielten Aktionäre und Versicherte die Summe von Bco. M. 153,000 = (fl. 107,100).

In den ersten 6 Monaten 1862 waren aufs neue beantragt: von 1498 Personen Bco. M. 287,040. 10 Sch. (fl. 200,928) und Bco. M. 3926. 8 Sch. = (fl. 2748) jährl. Rente.

Die Prämie für eine einfache Lebensversicherung auf 100 fl. beträgt beim Eintrittsalter von 20 Jahren fl. 1. 36 1/2, 30 2. 6 1/2, 40 2. 55 1/2, 50 4. 25

Für Unkosten, als: Policengebühr, Porto u. dgl., ist Nichts zu entrichten. Prospekte und Antragsformulare werden unentgeltlich ausgegeben, auch wird jede weitere Auskunft von dem unterzeichneten Hauptagenten bereitwillig erteilt.

Wilhelm Hofmann,

Karl-Friedrich-Str. Nr. 17.

3.a.77. Industrie-Börse in Stuttgart.

Börsentag Montag den 4. August.

3.m.501. Frankfurt a. M.

200,000 Mark Hauptgewinn & Prämie,

überhaupt 19700 Gewinne im Gesamtbetrag von 2 Millionen 400,000 Mark

bietet die am 10. kommenden Monats beginnende

Große Staats-Gewinne-Verlosung,

in welcher erstenziehung nur Gewinne gezogen werden.

Ein Originalloos kostet 3 fl. 30 fr.

halbes 1 fl. 45 fr.

viertel fl. 52 fr.

direkt durch Unterzeichnete zu beziehen gegen baar oder Postvorschuß.

Unter den 19700 Gewinnen befinden sich Haupttreffer von Mark 200,000, 100,000,

50,000, 30,000, 20,000, 15,000, 5mal 10,000, 2mal 6000, 4mal 5000,

8mal 4000, 18mal 3000, 50mal 2000, 6mal 1500, 6mal 1200, 106mal 1000, 106mal 500 etc.

Dieses Unternehmen ist keineswegs zu verwechseln mit dem in vielen Staaten verbotenen Promessenpiel auf Loose, sondern es werden hiermit effektiv die Original-Staatsloose offerirt, deren Ziehungen von der freien Stadt Hamburg garantirt sind. Die Gewinne werden in baar durch unterzeichnetes Bankhaus, welches mit dem Verlauf der Loose beauftragt ist, in allen Städten Deutschlands anbezahlt, welches überhaupt Ziehungslisten und Pläne gratis versendet. — Man beliebe sich daher direct zu wenden an das

Haupt-Depot bei

Stru & Greim in Frankfurt a. M.

3.m.437. Darmstadt. Meinen Vorrath ge-

bräucher

Voll- u. bad. Hohlzienen

bringe ich hiermit in empfehlende Erinnerung und bemerke, daß sowohl bei mir direct, als auch bei Herrn

Conradin Saugel in Karlsruhe

Bestellungen angenommen und Aufträge prompt ausgeführt werden.

Darmstadt. Jac. Scheid.

Eine Droste,

4stübig, wenig gebraucht, mit Kapuzdach, wird zu kaufen gesucht.

Schriftliche Offerten mit genauer Beschreibung und Preisangabe besördert die Expedition dieses Blattes.

3.m.530.

3.m.567. Heidelberg.

Pferdversteigerung.

Ein hübscher, neunjähriger Wallach, gut ausgeritten und fehlerfrei, wird

Dienstag den 5. August,

Donnerstag 11 Uhr,

im Hofe des Meierhofes am Karleplatz ver-

steigert. Näheres ist vorher täglich am Markte Nr. 3, zwei Etagen hoch, zu erfahren.

Echte feine Panamahüte

per Stk. nur 24 Sgr., 1 Thlr. u. 1/2 Thlr. (fr. das Vierfache), werden auf fr. Bestellung pr. Postverschuss versandt.

Z.1.428.

A. MARCUS, Altona.

3.m.468. Oberdonaußberg, Amts-

Stodach.

Hofguts-Versteigerung oder Verpachtung.

Wegen eingetretener Familienverhältnisse verleierte oder verpachtet ich mein eigenthümliches Hofgut, Oberdonaußberg genannt, im Hofgau, Amts Stodach, 1/2 Stunde von Nach gelegen, am

Donnerstag den 7. August,

Vormittags 9 Uhr,

auf dem Hofe selbst.

Das Hofgut besteht in

1) einem Wohnhaus, zwei Scheuern, 2 Stallungen mit Frucht- und Futterbehälter;

2) einer besonders herrlichen Pferdehaltung, Schopf und angebauter 6 Schweinestallungen und Futterbehälter;

3) einem besonders herrlichen Schafhaus zu 300 Stück und Futterbehälter;

4) einer besonders herrlichen Hofkammer, und

5) einem Wasschhaus mit laufendem Brunnen und Pumpbrunnen;

6) 189 badischen Morgen Gärten, Wiesen und Ackerfeld, Alles an einem Stück und eigene Gemüthung bildend.

Die Lage ist eben und südl., der Boden äußerst fruchtbar. In den Gärten, Feldern und Wiesen stehen 380 Stück theilweise tragbare und junge Obstbäume, die das nöthige Getreid für die Haushaltung

liefern.

Der Absatz der Erzeugnisse ist wegen der Nähe der Marktstädte Engen, Stodach, Radolfzell und Hiltigen sehr günstig. Bisher sind immer 40 Stück Rindvieh, 4 — 6 Pferde und 130 Stück Schafe auf diesem Gut ernährt worden.

Sollte ein Kauf nicht zu Stande kommen, so verpachtet ich dieses Gut auf 12 Jahre am gleichen Tag. Die Kauf- und Pachbedingungen sind äußerst billig gestellt, und können jederzeit, sowie das Hofgut in Einkauf genommen werden.

Kauf- und Pachtheilhaber haben sich mit den nöthigen Zeugnissen zu versehen und laden solche ein, Hof Oberdonaußberg, den 24. Juli 1862.

Johann Schrott.

3.m.425. Nr. 963. Laß.

Bergebung

der Herstellung einer eisernen Brücken-

konstruktion über die Kinzig zu Wolfach.

Die eigene Oberbau zu besagter Brücke von 92 Fuß Lichtweite, im ungefähren Gehammten von 750 Fuß, soll im Commisitionswege vergeben werden. Bedingungen und Pläne sind sowohl auf dem technischen Bureau der groß. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbauwesens zu Karlsruhe, als auch auf dem Baubureau zu Wolfach aufgelegt, und können jeden Tag daselbst eingesehen werden.

Die Commisitionsangebote müssen längstens bis zum 12. August d. J. vorlegt auf dem Baubureau zu Wolfach postfrei eingereicht werden und die Ausschritt erhalten.

Commissio für die eiserne Brücke zu Wolfach.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt sobald am 12. August, Vormittags 10 Uhr, nach welcher Zeit kein weiteres Gebot mehr angenommen wird.

Laß, den 22. Juli 1862.

Groß. bad. Wasser- und Straßenbau-Inspektion. Greiner.

3.m.470. Nr. 525. Müllheim. (Holzver-

steigerung.) Aus den diesjährigen Domänenmal-

lungen werden öffentlich versteigert,

im Distrikt Seirüßerswald l. 5,

am Dienstag den 5. August l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

77 tannene Sägen- und Bauholzämme,

43 Rstr. huchenes Scheit- und Prügelholz,

33 1/2 Rstr. tannenes Scheit-, Klob- und Prü-

gelholz,

2525 huchene Normahellen.

Die Zusammenkunft ist im Gerichtshof,

Müllheim, den 22. Juli 1862.

Groß. bad. Bezirksforstl. Wittl.

3.m.546. Karlsruhe. (Diebstahl und

Fahndung.) In einem der letzten Tage wurde

aus einem hiesigen Hause ein ungewöhnlich großes

Gelbfärbeschen von braunem Leder, länglich-biereckig

und ringum mit Stahl eingefaßt, worin sich folgende

Werthe befanden, gefunden:

4 preuß. Kassenscheine zu je 100 Thaler,

4 bergl. zu je 25 Thaler,

ein sächsischer 20-Thalerchein,

3 französische Treportscheine zu je 100 Franken,

ein preuß. Treportschein auf gelbem Papier zu

200 Preuß., ein sächsischer Treportschein zu

ein Preußenscheine, ein Preußenscheine,

ein Preußenscheine, ein Preußenscheine,